8A6LniQo

Straubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 106 | Bertram, Gordianus – **Montag, 10. Mai 2021** – Johann Hüglin | **1,50 € / B 6527 A**

LOKALES
Während der Pandemie bleibt ein Ansturm bei der Malteser-Tafel aus 23

REGIONALES
Gegen den Zigarettenmüll: Rentnerin macht Amberg stummelfrei 8

DIE SEITE DREI
TV-Nonne Hartwig aus „Um Himmels Willen“ führt durch Landshut

WIRTSCHAFT
Warum kontaktloses Bezahlen zur Kostenfalle werden kann 6

SPORT
Formel 1: Hamilton kontert Verstappens Attacke in Barcelona eiskalt 39

Corona: Bayern lockert ab sofort

München. (dpa) Nach monatelangen strikten Corona-Beschränkungen können sich die Menschen in Bayern ab sofort wieder über Lockerungen freuen. Ab diesem Montag dürfen nach mehr als einem halben Jahr in Landkreisen und kreisfreien Städten mit niedrigen Corona-Zahlen unter bestimmten Voraussetzungen Biergärten, Theater und Kinos wieder öffnen. Zudem dürfen in weiten Teilen Bayerns die Grundschulen wieder für alle aufsperren. Geplant sind Erleichterungen für körpernahe Dienstleistungen und Hundeschulen. Entscheidend dafür ist die Sieben-Tage-Inzidenz vor Ort. ▶ Seite 2

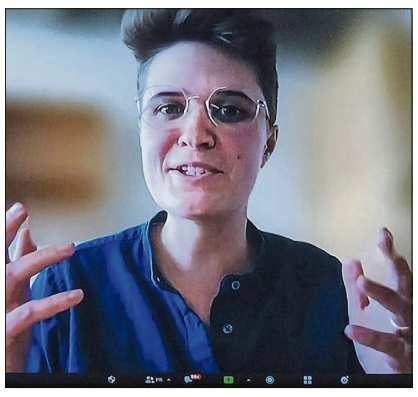
FC Bayern ist wieder Meister

München. (dpa) Der FC Bayern München hat seine 31. deutsche Fußball-Meisterschaft mit einer Torgala gekrönt. Beim 6:0 (4:0) im Heimspiel am Samstagabend gegen Borussia Mönchengladbach zeigten die Bayern einmal mehr, warum sie in Deutschland momentan keinen Gegner zu fürchten haben. Weltfußballer Robert Lewandowski schnürte einen Dreierpack. Dem Bayern-Star fehlt nun nur noch ein Treffer, um den 49 Jahre alten Bundesliga-Torrekord von Gerd Müller einzustellen. ▶ Sport

Foto: Matthias Schrader/Imago

Regensburger Studentin zur EKD-Präses gewählt

Regensburg/Hannover. (dpa) Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat die 25-jährige Regensburger Philosophiestudentin Anna-Nicole Heinrich zur Präses gewählt. Heinrich ist Nachfolgerin der FDP-Politikerin Irmgard Schwaetzer. „Als Präses der EKD-Synode stehe ich für eine hoffnungsvolle, integrierende und pragmatische Kirche, die sich immer wieder neu entdeckt“, sagte Heinrich. Trotz Sparmaßnahmen, Um- und Rückbau in der Kirche seien Zuversicht und Aufbruch im Glauben nötig. ▶ Seite 10



Heinrich ist die jüngste Präses der EKD-Geschichte. Foto: Schulze/EKD

Jede dritte Staatsstraße ist marode

Niederbayern ist am stärksten betroffen: 43 Prozent der Strecken sind sanierungsbedürftig

München. (dpa) Mehr als ein Drittel der bayerischen Staatsstraßen sind sanierungsbedürftig. Das geht aus einer Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hervor. Schlusslicht sei Niederbayern mit 43 Prozent Sanierungsbedarf. Punktuell ist der Anteil der schadhaften Straßen sogar noch größer. Im Kreis Freyung-Grafenau sind demnach mehr als 64 Prozent betroffen, im Kreis Passau 54 Prozent.

„Im letzten Jahrzehnt ist es der Staatsregierung trotz sprudelnder Steuereinnahmen nicht gelungen, den Sanierungsbedarf zu verringern, mehr als ein Drittel der Staatsstraßen bleibt kontinuierlich in einem schlechten Zustand“, sagte der SPD-Politiker Markus Rinderspacher. Die Landesregierung habe die Frage nach den notwendigen Sanierungskosten nicht beantwortet. Aus der Antwort auf eine ähnliche Anfrage aus dem Jahr 2018, als für eine ähnliche Zahl von Kilometer Sanierungsbedarf ermittelt worden war, sei ein Kostenaufwand von 908 Millionen Euro hervorgegangen. Brücken und andere Ingenieurbauwerke seien dabei nicht berücksichtigt gewesen.

Der durchschnittliche Kostenaufwand für die Sanierung von einem Kilometer Staatsstraße liege bei 190000 Euro, erklärte Rinderspacher und sprach von „versteckter Staatsverschuldung“. Die Investitionen in die Instandhaltung müssten erhöht werden. „Auf jeder dritten bayerischen Staatsstraße herrscht Schlaglochalarm.“ Fahrbahnrisse bestimmten das Bild, Markierungen seien häufig nur noch zu erahnen und oftmals seien auch Schäden vom vergangenen Winter nur provisorisch geflickt. „Die Kosten für die Reparatur von Bayerns Buckelpisten bürdet die Söder-Regierung künftigen Generationen auf“, kritisierte er.

In der Oberpfalz liegt die Quote bei 38 Prozent

Es handle sich um ein historisch gewachsenes Netz, dessen Straßenaufbauten zum Teil nicht auf die heutigen Verkehrsmassen ausgelegt seien, erläutert das Verkehrsministerium in seiner Antwort auf die SPD-Anfrage, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Insgesamt seien 4800 Kilometer und somit etwa 36 Prozent der Staatsstraßen in schlechtem Zustand.

Auch das Ministerium räumt ein, dass in den nächsten Jahren teure substanzverbessernde Maßnahmen und grundhafte Erneuerungen nötig sind, um den Zustand vieler Straßen nachhaltig zu verbessern. Wie viel Geld dafür nötig wäre, lasse sich wegen einer Systemumstellung derzeit nicht beziffern.

In der Oberpfalz sind laut Verkehrsministerium 38 Prozent der Staatsstraßen sanierungsbedürftig. Knapp darunter liegen Ober-, Mittel- und Unterfranken.

Oberbayern verzeichnet einen Anteil maroder Straßen von knapp 35 Prozent. Spitzenreiter ist mit deutlichem Abstand Schwaben, wo nur knapp 28 Prozent der Straßen Reparaturbedarf haben.

Kleine Paradiese hinterm Haus

Im Landkreis gibt es bayernweit die meisten zertifizierten Naturgärten

Straubing-Bogen. (ta) Totholz, Wasserstellen und ein Stein, auf dem sich Eidechsen sonnen können: Naturgärten zeichnen sich durch ihre Vielseitigkeit aus. Im Landkreis Straubing-Bogen haben sich im vergangenen Jahr 50 Gartenbesitzer für eine Naturgarten-Zertifizierung gemeldet, berichtet Kreisfachberater Johann Niedernhuber. Dieser Wert sei der höchste in ganz Bayern gewesen.

Niedernhuber war – zusammen mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbands für Gartenkultur und Landespflege, Michael Weidner – auch derjenige, der die Zertifizierung durchführte. „Besonders hoch war der Zuspruch in den Orten, wo die jeweiligen Vorsitzenden der Gartenbauvereine aktiv auf die Gartenbesitzer zugegangen sind, wie etwa in Leiblfing und Reißing.“ Niedernhuber und Weidner können dem großen Zuspruch nicht mehr gerecht werden. Deswegen werden im Kreisverband nun zehn weitere Gartenzertifizierer geschult.

Eine Familie begeisterter Naturgartler zeigt dieses Bild der Wanners in Straßkirchen aus dem Sommer 2020. Foto: Franziska Wanner

In einem Naturgarten werden weder chemischer Unkrautvernichter noch synthetischer Dünger verwendet. Für zertifizierte Gärten gibt es eine Plakette, die Nachahmer anziehen soll. Wer teilnehmen will, kann sich beim Kreisfachberater melden. ▶ Seite 13

EU-Reformkonferenz in Straßburg gestartet

Straßburg. (dpa) Die EU hat am Sonntag einen neuen Anlauf für umfassende Reformen gestartet. Mit einem Festakt in Straßburg begann die auf ein Jahr angelegte Konferenz zur Zukunft Europas, an der sich auch Bürger aktiv beteiligen können. Bis zum Frühjahr 2022 sollen konkrete Vorschläge erarbeitet werden, wie die EU bürgerfreundlicher und effizienter werden könnte. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte zur Eröffnung, die EU habe sich in der Corona-Pandemie bewährt. Doch müsse man nun überlegen, wie die EU in zehn Jahren aussehen solle. Der Vorlauf war jedoch zäh, und auch jetzt sind die Erwartungen höchst unterschiedlich. So brachte der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber (CSU), eine Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten ins Spiel. Die Doppelspitze mit dem Ratspräsidenten solle abgeschafft werden, sagte Weber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (Samstag). ▶ Seite 5/Kommentar Seite 2

WETTER

Heute	Morgen
28 | 9	26 | 13

Ausführliches Wetter ▶ Seite 34
Rätsel ▶ Seite 34
TV-Programm ▶ Seite 42
Kindernachrichten ▶ Seite 33

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09421/940 6200
10319
4 190652 701502
Vertriebsservice • 09421/940 6400

Priorität für Klimaschutz und Nachhaltigkeit
(oder: Der Anfang vom Ende der Umgehungsstraße „Haindling-Nord“?)

Kommentar zu zwei Artikeln in der Laberzeitung:
- Samstag 8. Mai: „Bund Naturschutz plant Muster für Klimaschutzklagen“ (Seite 11)
- Montag, 10. Mai: Titelseite „Jede dritte Staatsstraße ist marode“

Die beiden erschienenen Artikel zeigen eine Entwicklung auf, die für zukünftige Straßenbauvorhaben mehr als interessant, hoffentlich sogar wegweisend sein könnte.

Im ersten Fall geht es um den „Neubau einer umstrittenen Ortsumgehung“, die zum Musterfall für eine Klimaschutzklage des Bund Naturschutz (BN) werden soll.
Bereits seit 2019 klagt der BN mit den bekannten Argumenten: Flächenverbrauch, Zerstörung eines Naherholungsgebiets, Beeinträchtigung des Grundwassers und Artenschutz.
Doch bei dieser Klage geht es hier erstmals um mehr, es geht um den Klimaschutz, der bisher bei solch großen Bauvorhaben überhaupt nicht beachtet wurde.
Fakt ist, der Neubau einer Straße hat Verkehr zur Folge, meist mehr Verkehr, als vorher da war. Wie schon der Spruch von Greenpeace aufzeigt: „Wer Straßen sät wird Verkehr ernten!“
Große, breit angelegte Fahrbahnen laden buchstäblich zum „mehr fahren“ ein, vor allem für LKW sind sie hervorragend, weil dann noch schneller noch mehr Ware zum Ziel gebracht werden kann. Wo aber mehr Verkehr fließt, wird auch mehr klimaschädliches CO2 ausgestoßen und damit verstößt der Staat gegen seine gesetzlich verankerten Klimaschutzziele.
Zudem löst fast jeder Straßenneubau noch mehr andere Bauvorhaben aus, z. B. die viel gerühmten und von jeder Kommune heiß ersehnten Gewerbegebiete. Die dann ihrerseits wiederum mehr Verkehr erzeugen und damit noch mehr CO2, …. – eine Endlosspirale wird in Gang gesetzt, man braucht sich nur umzusehen im Land, es wird zubetoniert „auf Teufel komm raus“. Von Nachhaltigkeit keine Spur!

Der zweite Artikel beschreibt einen Zustand im Staatsstraßenbau, der unserer IG schon längere Zeit bekannt ist. Bereits 2011 haben wir in einer Gegenüberstellung des 7. Ausbauplanes für Staatsstraßen in Bayern festgestellt, dass die Neu- und Ausbau-Sollquoten eklatant auseinanderklaffen. Damals war Niederbayern das Schlusslicht mit einem Verhältnis von Ausbau zu Neubau von 19 : 81 Prozent!
Und der Bereich Straubing-Bogen war niederbayernweit ebenso im hinteren Drittel angesiedelt. Fazit: Es wurde also schon damals der Schwerpunkt auf Straßenneubau und weniger auf Sanierung des Bestandes gelegt. Die Folgen spüren wir Nutzer und Steuerzahler bis heute. Und anstatt in Zeiten voller Kassen den Bestand zu erhalten hat, man die kostbare Zeit mit fragwürdigen Planungen und Alternativtrassen-Diskussionen (siehe Umgehung Geiselhöring) vertrödelt.
Nun aber steigt pandemiebedingt die Staatsverschuldung und auf absehbare Zeit werden wir uns hier einschränken müssen. Wenn die Sanierung eines Kilometers bestehender Staatsstraße bei 190 000 Euro liegt, so die Aussage von SPD-Politiker Rinderspacher auf Nachfrage bei der Landesregierung, dann kann sich jeder ausrechnen, wie teuer das Ganze wird. Und dies ohne Brücken- und andere Ingenieurbauwerke, die wären noch teuerer. Und wie es um die Brücken im Land

bestellt ist, kann jeder sehen! Wir brauchen nicht noch mehr „neue“ Straßen, es reicht eine Sanierung und Optimierung der bestehenden voll und ganz aus.

Abschließend kehre ich nochmals zum Klimaschutz zurück. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Klimaklage ist eindeutig – die Politik muss nun handeln! Beim Verkehr gibt es die meisten Versäumnisse, aber gleichzeitig genügend Möglichkeiten, etwas zu ändern:
Obwohl Deutschland aktuell immer noch ein Autoland ist, wird mit dem „Nationalen Radverkehrsplan 2030“ hoffentlich das Verkehrsmittel Fahrrad mehr in den Mittelpunkt rücken. Fehlt nur noch die Verbesserung des Öffentlichen-Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) mit Bus und Bahn, gerade im ländlichen Raum ist hier noch Luft nach oben. Die Bahnstrecken müssen schnellstens modernisiert und Bahnhöfe wieder attraktiver werden.
Die Politik kann und darf nicht länger die Hände in den Schoß legen und die Verantwortung auf zukünftige Generationen abschieben. Der Entwurf zum neuen Klimaschutzgesetz zeigt allerdings wieder, dass die Politik noch immer nicht alles verstanden hat und die vorgeschlagenen Maßnahmen wieder zu zögerlich sind. Die „Bremser“ bei den regierenden Parteien sind immer noch zu mächtig.
Hoffen wir auf einen Regierungswechsel im Herbst.

Angela Ramsauer
Mitglied der Interessensgemeinschaft „Haindling-Nord NEIN – Umgehung Hainsbach JA“